

Allgemeine Geschäftsbedingungen Abo Portal der Regionalbus-Gesellschaft Unstrut-Hainich- und Kyffhäuserkreis mbH

1. Geltungsbereich

1.1 Die Regionalbus-Gesellschaft Unstrut-Hainich- und Kyffhäuserkreis mbH, Bonatstraße 50 in 99974 Sondershausen (nachfolgend RBG genannt) möchte die Nutzung von Mobilitätsangeboten noch attraktiver gestalten. Zu diesem Zweck stellt sie ein online Abo Portal zur Verfügung.

1.2 Mittels dieses Portals können Kunden Abonnements (aktuell D-Ticket) für den ÖPNV erwerben. Um die Funktionen des Portals nutzen zu können, ist ein Nutzerkonto erforderlich.

1.3 Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) regeln das Verhältnis zwischen der RBG und dem Nutzer in Bezug auf das Abo Portal und die darin enthaltenen Funktionen.

1.4 Die RBG behält sich das Recht vor, Änderungen und Ergänzungen der AGB im Rahmen der gesetzlichen Regelungen vorzunehmen.

2. Registrierung im Abo Portal

2.1 Für eine Registrierung im Portal müssen bestimmte Daten eingegeben werden. Welche dies sind, ergibt sich aus dem entsprechenden Online-Formular. Zusätzlich muss der Nutzer einer bestimmten Anforderung genügendes Passwort festlegen.

2.2 Die vom Nutzer eingegebenen Daten müssen vollständig und korrekt sein. Erforderliche Änderungen (wie z.B. der Adresse) müssen unverzüglich vorgenommen werden.

2.3 Die im Rahmen der Registrierung und Nutzung des Portals anfallenden personenbezogenen Daten des Nutzers werden ausschließlich verarbeitet, um die Leistungspflicht der RBG oder an diese gestellten rechtlichen Anforderungen zu erfüllen. Zu anderen Zwecke werden die Daten nicht verarbeitet. Bei der Registrierung müssen die jeweils gültigen Datenschutzbedingungen anerkannt werden.

3. Schutz des Nutzerkontos

4.1 Der Nutzer ist verpflichtet, die Daten seines Nutzerkontos ausreichend zu schützen. Er wird insbesondere Dritten keinen Zugang zu seinem Nutzerkonto oder der App ermöglichen.

4.2 Der RBG ist bei Vorliegen eines wichtigen Grunds berechtigt, die Eröffnung eines Nutzerkontos zu verweigern oder ein bereits bestehendes Konto zu sperren. Ein solcher Grund ist insbesondere gegeben:

1. Bei Angabe unrichtiger Daten;
2. Bei Nichterreichbarkeit des Nutzers aufgrund veralteter Daten;
3. Bei einem Verstoß gegen diese AGB oder die AGB der Mobilitätsanbieter, außer der Verstoß ist dem Nutzer nicht zurechenbar oder nur unwesentlich;
4. Bei Verstoß gegen gesetzliche Vorschriften.

Die RBG wird die berechtigten Interessen des Nutzers bei ihrer Entscheidung angemessen berücksichtigen.

4. Buchung einer Mobilitätsleistung

5.1 Das Portal und die darin einsehbaren Mobilitätsangebote stehen in deutscher Sprache zur Verfügung.

5.2 Die Bestellung bzw. Eröffnung eines Nutzerkontos sind nur zulässig, wenn der Nutzer volljährig und unbeschränkt geschäftsfähig ist. Bei einer juristischen Person muss die Anmeldung durch eine unbeschränkt geschäftsfähige und vertretungsberechtigte natürliche Person erfolgen.

5.3 Im Rahmen der Bestellung bzw. Eröffnung eines Kundenkontos für den Onlineshop hat der Kunde die vorliegenden AGB, die Datenschutzbestimmungen sowie die geltenden Tarif- und Beförderungsbedingungen des Deutschlandtickets zu bestätigen. Nach Abschluss des Registrierungsprozesses erhält der Kunde eine E-Mail mit Betreff „Registrierung Bestätigen“ mit der Aufforderung die Registrierung zu bestätigen. Mit Auswählen des Bestätigungslinks wird die Registrierung abgeschlossen.

5.4. Im Abo Portal kann der Kunde ein Abonnementvertrag für das Deutschlandticket abschließen. Hierzu müssen die persönlichen Angaben zum Vertragspartner und ggf. zum Nutzer des Tickets eingetragen werden. Kunde und Nutzer müssen nicht identisch sein. Anschließend müssen die Bankdaten für das SEPA-Lastschriftverfahren ausgefüllt werden. Im nächsten Schritt erhält der Kunde eine Zusammenfassung. Durch klicken auf den Button Kauf abschließen kommt der Vertrag zwischen dem Kunden und der RBG zustande.

5. Tarifbestimmungen

Im Bedienebiet der RBG gelten die Beförderungs- und Tarifbestimmungen der RBG sowie die Tarifbestimmungen für das Deutschlandticket.

6. Validierung bei bestimmten Mobilitätsleistungen

6.1 Der Nutzer ist selbst dafür verantwortlich, alle erforderlichen Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der von ihm gebuchten Mobilitätsleistung zu erfüllen.

7. Verfügbarkeit und Nutzungsrechte

7.1 Das Portal ist für den Nutzer kostenfrei. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Nutzung des Abo Portals, die Aufrechterhaltung eines bestimmten Zustandes oder einzelner Funktionalitäten. Die RBG ist insbesondere nicht verpflichtet, eine funktionsfähige Version des Portals für jegliche Webbrowser bereitzustellen. Die RBG behalten sich das Recht vor, das Abo Portal jederzeit ohne Ankündigung zu erweitern, einzuschränken oder einzustellen.

7.2 Durch Wartungsarbeiten kann der Zugriff auf das Portal für Nutzer eingeschränkt oder gesperrt sein. Die RBG schulden keine durchgehende Verfügbarkeit des Abo Portals.

7.3 Die RBG bemüht sich, auftretende Fehler oder eingeschränkte Verfügbarkeiten innerhalb eines angemessenen Zeitraums zu beheben.

8. Die Zahlungsmodalitäten des SEPA-Lastschriftverfahrens

Für die Beauftragung eines SEPA-Lastschriftmandats sind personenbezogene Daten des Kunden (Vorname, Name, Adresse, Geburtsdatum und E-Mail-Adresse) und eine Kontoverbindung innerhalb der Europäischen Union für die eindeutige Zuordnung einer monatlichen Zahlung für ein erworbenes

Deutschlandticket-Abonnement erforderlich. Mit Abschluss der Bestellung erteilt der Kunde mit Zustimmung zu diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen Zahlungen von seinem angegebenen Konto mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen. Zugleich weist er seinen Zahlungsdienstleister an, die auf sein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Der Kunde wird darauf hingewiesen, dass er innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die mit seinem Zahlungsdienstleister vereinbarten Bedingungen. Im Falle, dass der Kunde nicht der Kontoinhaber des angegebenen Kontos ist, stellt er sicher, dass die Einwilligung des Kontoinhabers für den SEPA-Lastschrifteinzug vorliegt.

Der Kunde verpflichtet sich, alle für die Teilnahme am SEPA-Lastschriftverfahren erforderlichen Kontodaten (insbesondere Kontoinhaber und International Bank Account Number (IBAN, Internationale Bankkontonummer)) mitzuteilen und im hierfür vorgesehenen Formular im Portal einzutragen.

Der Kunde hat sicher zu stellen, dass das angegebene Konto über ausreichende Deckung verfügt, so dass die SEPA-Lastschrift eingezogen werden kann. Sollte eine SEPA-Lastschrift unberechtigt vom Zahler zurückgegeben werden oder der Einzug der Forderung bei dessen Zahlungsdienstleister aus von ihm zu vertretenden Gründen - insbesondere wegen unzureichender Deckung, falscher oder ungültiger Kontodaten oder Widerspruch - scheitern, ist er verpflichtet, für ausreichend Deckung oder für die Behebung des Grundes der Zahlungsstörung zu sorgen, so dass neben dem ausstehenden Betrag die angefallenen Fremdgebühren des Zahlungsdienstleisters zu dem in der Mahnung genannten Tag eingezogen werden können. Das Unternehmen ist berechtigt, einen weitergehenden Verzugsschaden geltend zu machen.

Der Kunde verzichtet mit Zustimmung zu diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen auf die Einholung eines schriftlichen SEPA-Lastschriftmandates. Der Verzicht wird vom Kunden gegenüber dem Zahlungsdienstleister des Kunden und dem Gläubiger erklärt. Mit der Weitergabe der Verzichtserklärung an die vorgenannten Parteien ist der Kunde einverstanden.

Der Einzug der Forderung über das SEPA-Lastschriftverfahren erfolgt durch die RBG in der Regel innerhalb der ersten fünf (5) Bankarbeitstage eines jeden Monats. Die Belastung des Kontos ist abhängig von der Verarbeitung des Zahlungsdienstleisters des Kunden.

9. Deaktivierung / Löschung des Kundenkontos

Der Kunde kann das Kundenkonto jederzeit ohne Einhaltung einer Frist per E-Mail an verwaltung@regionalbus.de löschen oder schriftlich gegenüber der RBG deaktivieren/löschen.

Dem Kunden obliegt in diesem Fall die Pflicht zu prüfen, ob sich im seinem Kundenkonto noch nicht verwendete rechtmäßig erworbene Deutschlandticket-Abonnements (z.B. Dokumente) befinden und diese vor Löschung zu verwenden bzw. zu sichern. Ein Anspruch auf Erstattung oder Gutschrift besteht nicht. Offene Forderungen gegenüber dem Nutzer (z. B. Abrechnung noch nicht bezahlter Fahrten) bleiben von der Beendigung der Nutzung unberührt.

10. Haftung

9.2 Diese Haftungsbeschränkung gilt nicht bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit sowie für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers und der Gesundheit. Im Fall einer leicht fahrlässigen Verletzung vertragswesentlicher Pflichten ist die Haftung der RBG auf den bei Registrierung bzw. Anmeldung vorhersehbaren vertragstypischen Schaden beschränkt. Vertragswesentliche Pflichten sind Verpflichtungen, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Nutzungsvertrags über

das Abo Portal überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Nutzer regelmäßig vertraut und vertrauen darf.

9.3 Eine weitergehende Haftung ist ausgeschlossen.

11. Kündigung

Ordentliche Kündigung: Das Abonnement kann monatlich gekündigt werden. Die Kündigung muss dabei bis zum 10. eines Monats zum Ende des jeweiligen Kalendermonats erfolgen. Das Deutschlandticket gilt im Falle einer Kündigung bis Betriebsschluss nach dem Ende des letzten Tages dieses Kalendermonats, längstens jedoch bis 3.00 Uhr des Folgetags. Die Kündigung kann entweder über den Kundenbereich des Onlineshops oder per E-Mail an verwaltung@regionalbus.de mit Angabe der Vertragsnummer eingereicht werden. Wird die Frist versäumt, so gilt das Abonnement bis zum Ablauf des nächsten Monats als fortgesetzt und die Wirkung der Kündigung verschiebt sich um 1 Monat.

Fristlose Kündigung: Das Recht des Kunden zur außerordentlichen fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

12. Hinweis auf die Möglichkeit der Online-Streitbeilegung

Aufgrund der am 09.01.2016 in Kraft getretenen Verordnung (EU) Nr. 524/2013 über die Online-Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten weist die RBG den Nutzer auf die Möglichkeit der sogenannten Online-Streitbeilegung hin. Hierfür hat die Kommission der Europäischen Union eine Plattform eingerichtet, die Verbraucher zur außergerichtlichen Streitbeilegung nutzen können. Einen Link zu dieser Plattform halten die Stadtwerke im Impressum der Website bereit.

13. Hinweis auf das Verbraucherschlichtungsverfahren

Aufgrund des am 01.02.2017 in Kraft getretenen § 36 Abs. 1 VSBG wird der Nutzer darauf hingewiesen, dass die RBG sich am Streitschlichtungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle nach dem Verbraucherschlichtungsgesetz beteiligen.

Die zuständige Verbraucherschlichtungsstelle ist:

söp Schlichtungsstelle für den öffentlichen Personenverkehr e.V.
Fasanenstraße 81
10623 Berlin

<https://soep-online.de>

14. Änderung der AGB

12.1 Änderungen der AGB werden direkt auf der Website veröffentlicht.

12.2 Der Nutzer wird mindestens zwei (2) Monate vor Inkrafttreten der Änderungen über die in dem Portal hinterlegte E-Mail-Adresse hierüber informiert.

12.3 Der Nutzer ist berechtigt, der Änderung bis zum Tag des Inkrafttretens zu widersprechen. Übt er sein Widerspruchsrecht nicht oder nicht rechtzeitig aus, treten die Änderungen an dem von der RBG genannten Zeitpunkt in Kraft. Die RBG ist verpflichtet, den Nutzer in der Mitteilung über die Änderung der AGB auf die Bedeutung seines Schweigens hinzuweisen.

12.4 Im Falle eines Widerspruchs ist die RBG berechtigt, das Nutzungsverhältnis ohne Einhaltung einer Frist zu beenden.

15. Schlussbestimmung, anzuwendendes Recht, Gerichtsstand

13.1 Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts. Von dieser Regelung unberührt bleiben zwingende Bestimmungen des Staates, in dem der Nutzer seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

13.2 Sollte eine Bestimmung dieser AGB unwirksam sein oder werden, eine unzulässige Fristbestimmung oder eine Lücke enthalten, so bleibt die Rechtswirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Soweit die Unwirksamkeit sich nicht aus einem Verstoß gegen §§ 305 ff. BGB ergibt, gilt anstelle der unwirksamen Bestimmung eine wirksame Bestimmung als vereinbart, die dem von den Vertragspartnern Gewollten wirtschaftlich am nächsten kommt. Das Gleiche gilt für den Fall einer Lücke. Im Falle einer unzulässigen Frist gilt das gesetzlich zulässige Maß.